

Saale-Beitung.

werden die Spaltenpreise... Erbeutet täglich einmal...

Dienrubierzigster Jahrgang.

Mr. 77.

Halle a. S., Mittwoch, den 16. Februar.

1910.

Das Stellenvermittlungsgesetz im Reichstag.

36. Sitzung vom Dienstag, 16. Februar. Im Tische des Bundesrats: Spow, v. Bessen...

Die Beratung über das Stellenvermittlungsgesetz wird fortgesetzt. Abg. Dr. Nitsch (Str.-Elf.): Auch im Gesetz sind fast 1004 große Klafflöcher gefunden...

Abg. von Damm (wirtsch. Bgg.): Gerade in diesem Falle ist ein haantliches Eingreifen mehr berechtigt als bei allen anderen ähnlichen Gelegenheiten...

Abg. Berner (Ref.-B.): Ich möchte mich nicht immer die letzte Entscheidung dem Bundesrat überlassen.

Abg. von Dammberg (Wesle): Der dritte Teil der heute bestehenden Kartellwerke liegt im Wesentlichen auf hauptsächlich privater Basis...

Abg. Brandys (Pole) spricht im Interesse des Bauernstandes gegen das Gesetz in der vorliegenden Form.

Abg. Dr. Will (Str.-Elf.) behauptet, daß ihm das Wort abgeschnitten sei.

Abg. Göttsche (Str.-Elf.): Auch ich — (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Köhde (Konf.): Mit Herrn Göttsche dieselbe Ansicht zu haben, paßiert mir nicht oft.

Abg. Göttsche (Str.-Elf.): Ich bin erstaunt über Dr. Will und Dr. Köhde.

Abg. Erdrer (Str.): Für unsere Fraktion nur einer, das war Dr. Seim.

Abg. Emmel (Soz.): Und Nitsch eifriges Zentrum, und v. Dammberg, Hospitant des Zentrums.

Abg. v. Dammberg (Wesle): Die Ehre habe ich nicht, ich bin fraktionslos.

Abg. Erdrer (Str.): Beide gehören unserer Fraktion nicht an.

Abg. Rebebour (Soz.): Normal nicht, aber platonisches Verhältnis.

Das Stellenvermittlungsgesetz geht an eine Kommission von 25 Mitgliedern.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

Wir werden nicht ohne weiteres zugeben, als unter Führung des Bundesrats sich zu verhalten.

So war die Frau eines Stellenvermittlers in Regensburg die Tochter eines Bäckers.

Das Stellenvermittlungsgesetz. Staatssekretär Dr. Delbrück

setzt die erste Lesung ein. Schon seit langer Zeit wurde über die Klafflöcher im Stellenvermittlungsgesetz Klage geführt...

find. Die Stellenvermittlung hat im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine außerordentliche Bedeutung bekommen...

als Gebühren abgeführt werden müssen. Es darf keine Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage stattfinden.

Abg. Dr. Wagner (Konf.): Auch wir sehen in der Vorlage einen Fortschritt.

Abg. Wang (Str. Bp.): Die Verschärfung der bestehenden Vorschriften wird die Klafflöcher wohl kaum beseitigen.

Abg. Brühne (Soz.): verlangt die gänzliche Aufhebung des privaten Stellenvermittlungswesens für Getreide und Handlungsgewerbe.

Abg. Kurler (Pole) fordert die Beilegung des Stellenvermittlungswesens. Sonst würde wohl niemals ein Pole die Konzeption erhalten.

Abg. Dr. Buchardt (wirtsch. Bgg.) begrüßt den Entwurf, auch den Bedürfnisnachweis. Seine Taten seien notwendig.

Das Haus geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Vorlage vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Die ersten Beschlüsse der Wahlrechtskommission. Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gleichnamigen Sitzung den Antrag auf Einführung...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

Die Kommission sollte beschließen: das Haus lehnt die von der Regierung vorgelegte Wahlrechtsvorlage ab...

das Zentrum der Sozialdemokrat und der Vole. — Die Kommission trat hierauf in die Erörterung des zweiten Satzes des freilichigen Antrages, welcher die geheime Abstimmung fordert. Einer der Antragsteller begründete ihn mit dem Hinweis auf den Druck, welcher von den verschiedensten Seiten bei der öffentlichen Wahl auf die abhängigen Elemente ausgeübt wird. Hunderttausende von Beamten und Millionen von Arbeitern hängen in einem solchen Wahlrechtsverhältnis. Durch den Zusammenschluß der Sozialdemokratie und die Änderung der Arbeiter sei dazu ein Druck von unten her gekommen, der sich insbesondere gegen Handwerker und abhängige Kaufleute sowie gegen Galvanisiererte. Nachdem die anderen Parteien kurz Stellung genommen und der Minister des Innern für die Öffentlichkeit der Wahl eingetreten war, wurde der Antrag mit 15 gegen 13 konervative und freikonserervative Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Aus unserer Diplomatie.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe: „Wir hören, daß sich der Kaiserliche Gesandte in Brüssel, Graf v. Falkow, durch seinen Gesundheitszustand veranlaßt gesehen, sich in das Privatleben zurückzuziehen. Nach fast zehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit in Brüssel wird sein Aufsehen aus dem Reichsdiplomatie im Auswärtigen Amt mit lebhaftem Bedauern begleitet. Als Zeichen ungerer Anerkennung für die von dem Gesandten geleisteten Dienste haben S. Majestät der Kaiser und König geruht, ihm den Orden Meritorien 1. Klasse mit Ehrenknoten zu verleihen. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte und vortragende Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes v. Lottow in Aussicht genommen. Es wird im Auswärtigen Amt durch den Königlich-niederländischen Botschafter Grafen Botho v. Wedel, ersetzt werden. Der erledigten Posten des ersten Sekretärs bei der Kaiserlichen Gesandtschaft in Brüssel hat der bisherige zweite Sekretär bei derselben Gesandtschaft, Legationsrat Rader v. Schwarzenfeld, erhalten. Dem Kaiserlichen Ministerbedienten a. D. Freilichen von Nuyßen beyer ist der Rang und Titel eines Kaiserlichen Gesandten verliehen worden.“

Für Eheheidungsprozeß

hat der Justizminister in Interesse einer sachgemäßen Handhabung eine allgemeine Verfügung erlassen, worin die Gerichte ermahnt werden, in jedem einzelnen Fall eingehend zu prüfen, ob Anlaß zur Aufhebung des Verfahrens nach § 620 der Zivilprozeßordnung sei. Mit Recht bemerkt Justizrat Dr. J. Strauß in der „Deutschen Juristen-Ztg.“: „Diese auf eine Ermöschung der Eheheidung hinzielende Verfügung erregt gewisse Bedenken. Bei der Handhabung des § 620 Abs. 1 Satz 2 handelt es sich um rein richterliche Tätigkeit. Aufschlußbefugnisse können hier nicht in Betracht kommen. Auch in Gestalt von Befehlungen und Winken nicht. Das „Sachgemäße“ der Handhabung hat allein der Richter selbständig nach objektiver Prüfung zu bestimmen. Ueberdies läuft man Gefahr, daß die Minister der verschiedenen Bundesstaaten verschiedene Befehle für die Auslegung und Anwendung der richterlichen Befugnisse geben. Ist es dem einen recht, eine Ermöschung der Eheheidung zu befehlen, so muß dem andern eine Ermöschung billig sein.“

Ein ultramontaner Feldzug gegen Sven Hedin

— Sven Hedin und Professor v. Kuvilla in einem Atemzug zu nennen und miteinander zu vergleichen, das bringt ein Münchener Zentrumsblatt durch den Abdruck einer Aufschrift fertig. Der Einjeder der nämlich Sven Hedins neuestes Feldzugsgeschicht „Transsilvanien“ gelesen und sich bei den Schilderungen des Heldenhaftigen Bienenkämpfers schwer gequält über die von Sven Hedin gesungenen, nur zu nachgehenden Vergleiche mit der römischen Heldenart. Der Einjeder, der — so schreiben die „N. N.“ — geneigt ist, über den Renegaten Kuvilla Fremdenzügen zu vergleichen, erwartet von Sven Hedin, daß er ein Charakter sei und bei einer Neuaufgabe seines „Transsilvanien“ alles auszuwerfen werde, was bei Katholiken Anstoß erregen könnte. Die ledige literale Saub, auch die Literatur zu genutzieren und zu meltern, tritt in diesem anmaßlichen Vergleichen wieder froh zuzugewandt ultramontan ist auch die Meinung, Sven Hedins Buch ist nicht der Jugend zum Lesen zu geben, denn diese ebenenden Cartakamen seien gefährlicher, als anderweitiges Gopetzer gegen die Kirche.

Ein preussisch-bayerischer Bierkrieg.

Der Zentrumsabgeordnete Osel kam in der bayerischen Kammer auf die Übergangsabgabe für bayerisches Bier bei Einführung in das Gebiet der norddeutschen Brauereigemeinschaft zu sprechen. Die Art, wie dabei Preußen von seiner Macht des Stärkeren Gebrauch machte, bezogt dieser Abgeordnete als geradezu unerträglich. Es ist kaum noch möglich, an die Bundesfreundlichkeit Preußens gegenüber Bayern zu glauben.

Finanzminister v. Baff erklärte demgegenüber, daß Preußen seit Jahren für die Berechnung der Übergangsabgabe für Bier zu Unrecht annähme, zur Herstellung eines Heftoliters bayerisches Bieres sei die Verwendung von 25 kg. Malz nötig, während in der Tat nur 20 bis 21 kg. Malz verwendet würden. Erst wenn die tatsächliche Malzverwendung statistisch festgestellt sei, habe Bayern die Möglichkeit, mit aller Entschiedenheit auf sein „gutes Recht“ zu drängen.

Bei der furchterlichen Erregung, welche im bayerischen Landtag Debatten über Bierfragen stets hervorgerufen, wird man gut tun, diese Angriffe auf Preußen nicht allzu tragisch zu nehmen.

Teuere Lederpreise.

„Aus Fachkreisen wird uns geschrieben: Die Aufwärtsbewegung der Lederpreise hält nun schon seit Jahren in einer Weise an, die zu ersten Bekümmernissen Anlaß geben muß. Der reelle Schuhmacher kann diesen Preisrückgang kaum parieren. Nachdem vor ca. 2 Jahren die Preise der hohen Ware von einem ebenfalls einem hohen Stande wenigstens etwa 1/3 zurückgedrängt wurden, immerhin aber noch recht hoch stehen, ist seit ca. 3 Jahren wiederum ein neuer ganz erheblicher Anschlag der Rohware von ca. 25—30 Proz. — einzelne Favorisorten

sogar bis zu ca. 35 Proz. — eingetreten und es ist, durch die allgemeine Lage bedingt, gar keine Aussicht vorhanden, daß überhaupt wieder nennenswerte Abschlüsse erzielt werden — dafür, neben den recht hohen Preissteigerungen der Umwandlung, daß unsere Rohware „Weltmarktartikel“ wurde, was früher nicht so der Fall war! — Und namentlich ist das deutsche Rohprodukt infolge der verbesserten deutschen Viehwirtschaft ein sehr begehrtes! — Vorwiegend Nordamerika, wo die Lederwirtschaft jurisch und die Industrie erheblich vorgeschritten, ist und wird Hauptkäufer unserer Rohware bleiben. — Diese Umstände bedingten, daß alles, was aus Leder hergestellt wird, die Berechtigung zu erheblich höheren Preisen hat.“

Parlamentarisches.

Abgeordneter Eugen Schiffer, ein Vorkämpfer der nationalliberalen Sache im preussischen Abgeordnetenhaus, hat am Montag seinen 50. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlaß ging ihm vom geschäftsführenden Ausschuß der nationalliberalen Partei folgendes Telegramm zu: „Der geschäftsführende Ausschuß sendet Ihnen zum Geburtstag herzlichste Glückwünsche. Möchte es Ihnen, wie seither, noch viele Jahre vergönnt sein, in unserer Mitte erfolgreich für die Interessen des Vaterlandes und der Partei wirksam zu sein.“

Dr. Friebberg, Baslermann.

Die Abgeordneten Eder-Eisen und Dr. Schiffer-Hohenwart haben im Hause der Abgeordneten folgenden Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die auf Schaffung von Naturkutschparks gerichteten Bestrebungen zu unterstützen.

Die Justizkommission des Reichstages führte auch gestern noch die Beratung über den Expreßparagrafen weiter. Es lagen dem Zentrum und der Sozialdemokratie vor, die Begriffe der Rechtsmündigkeit und der Beherrschung zu ändern. Nach eingehender Ausprache wurden alle Änderungsanträge abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. Der Paragraf 203 lautet: Wer in der Absicht, sich über einem Dritten einen vollständigen Vermögensanteil zu verschaffen, das Vermögen eines andern dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Verletzung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Malswurz und Deklarationszwang. Das bayerische Abgeordnetenhaus hat zum neuen Malswurzgesetz die Einführung des Deklarationszwanges beschlossen, wozu namentlich jede Brauerei verpflichtet ist, den Ertragszettel ihres Bieres öffentlich anzugeben und an den Schenkstätten anzuhängen. Ermittelt eine Kontrolluntersuchung der Steuerbehörde, daß das Bier dünner ist, als die Brauerei angegeben hat, so ist die Steuerbehörde befugt, den Namen der Brauerei und die Tatsache der Verdünnung des Bieres in den Tageszetteln zu veröffentlichen.

Schule.

Blicklinien einer vernünftigen Volksschulpolitik

traten in einer der letzten Schuldebatten des schlesischen Landtages zutage. So äußerte der Kultusminister Dr. Beck u. a.:

„Die Ausgaben, die für die Schule gemacht werden, sind durchaus produktive und kommen unserem Lande und unserer Bevölkerung in so hohem Maße zu nützen, daß die Schulfrage nicht vom alleinigen Standpunkte der Finanzen aus behandelt werden darf.“ Und ein anderer Redner prägte für Ziele und Wege der Schulpolitik das schöne Wort: „Es gibt kein konservatives Element, kein liberales Ide und kein sozialdemokratisches Vorkommen.“ Die Schule ist ein neutraler Gegenstand. Ob dem die Konfessionen vom konkreten Standpunkte bestimmen, ist der Volksschule gleich, die Hauptsache ist, daß die Volksschule so gestaltet wird, daß sie charakteristische Männer erzieht, die für eine weitere geistliche Entwicklung der Menschheit auch in der Zukunft Gewähr bieten.“

Beides sind Anschauungen, deren Verwirklichung der Volksschule nur zum Heile sein könnte. Wenn etwas die Volksschule am Nützlichsten hindert, hat und noch immer hindert, ist es die ungleiche Verteilung der Mittel, bei der die Förderung der Volksschule weit eher als bei irgendwelchen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens nach den Kosten zu fragen und dann — den Dammem sei auf den Weutel zu brücken. Je weniger die einzelnen Parteien von der Volksschule Förderung ihrer Parteinteressen erwarten, je mehr sie sich daran gemöhnen, die dem Stande der Wissenschaft entsprechende Ausgestaltung des Schulwesens als im Interesse der Gesamtheit und damit zugleich im Interesse aller Parteien liegend zu betrachten, desto besser wird es für die Volksschule sein.

Verwarnung von Rektoren.

Allen Rektoren der Dorfm- und Volksschulen wurde auf dem Kathage durch den Kreisinspektoren als Vertreter der königlichen Regierung in Arnberg auf Grund des Disziplinargesetzes eine „protokollarische Verwarnung“ erteilt, weil sie durch eine Eingabe an den Magistrat eine Klageverletzung vor diesem begangen hätten. Der Eingabe liegt folgendes zugrunde:

Durch die neue Gesundheitsregulierung in Dorfm- und Volksschulen sind die kommunalen Verwaltungen zu höheren Schulen um mehr als 1000 Mark schwerer gestellt als ihre Schulstellen, den Volksschulen; auch die Rektoren bleiben im Gehalt hinter den an höheren Schulen wirkenden Seminaristen zurück. In der Eingabe gaben die Rektoren ihrem Empfinden Ausdruck, daß in dieser verdrängenden Gehaltsnormierung eine Unerschickung der Volksschule und der an ihr geleisteten pädagogischen Arbeit zum Ausdruck komme. Einen Protest oder irgend einen praktischen Schritt stellte die Eingabe nicht dar, auch ist der Magistrat keine vorgelegte Behörde der Lehrer und Rektoren.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Zentrumsfeier der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität wird auch die Stadt Berlin eine Jubiläumsspende darbringen. Der Magistrat hat beschlossen, 200 000 Mark zur Begründung einer Stiftung für Rektorenstipendien an Studenten der Berliner Universität zu spenden und diese Summe bereits in den neuen Etat eingestellt zu machen und die Mitglieder „Eines hohen Senats“ in der Schlußmänner in Hamburg durch die Dienstvorschrift annehmen. Ein Erlaß des Volkspolizeupräsidenten Gesele in Hamburg führt Befehle, daß die Schymänner nicht demontiert werden.

Dementi.

Das „Neue Wiener Journal“ veröffentlicht eine Mitteilung

seines Korrespondenten über Heckerungen, die die Welt Ludwigs von Bayern einem bestimmten Großindustriellen gegenüber über die preussische Wahlrechtsvorlage ergreifen haben soll. Der Münchener Hofbericht ist ermüdet, wenn gegenüber festzustellen, daß Prinz Ludwig sich überhaupt nicht, weder mit einem Großindustriellen, noch mit sonst jemandem über die preussische Wahlrechtsvorlage unterhalten hat, und daß die Journale von Anfang bis zu Ende frei erfunden sind.

Der neue braunschweigische Etat.

Der letzten erschienenen braunschweigischen Staatshaushaltsperiode 1910/12 schließt in Einnahme mit 28 797 300 Mark, in Ausgabe mit 29 017 300 Mark, weiß also einen Fehlbetrag von 220 000 Mark auf, dessen Deckung durch eine Anleihe vorgeschlagen wird, dessen

Der deutsch-französische Kinderaustausch. Der „Figaro“ begrüßt mit Genugtuung, daß der deutsch-französische Kinderaustausch zum Zwecke des gegenseitigen Bekanntheit und der Förderung der Sprache jetzt von der preussischen Regierung eine offizielle Garantie erhalten hat durch Einsetzung eines Komitees in Berlin. Bisher ergab sich als vermittelndes Organ des Austausches einzig ein Komitee in Paris. Das französische Blatt bezeichnet die Einsetzung des Berliner Komitees als demütigend in der Geschichte des Interesses der fremden Sprachen.

Denksatz auf einer indischen Ausstellung. Am Sonntag fand im Reichstag des Innern auf Einladung der ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie und in Anwesenheit von Kommissaren der beteiligten Reichs- und Staatsbehörden eine Besprechung über die Beteiligung an dem vom 10. Januar bis 15. Februar 1911 in Allahabad (Westindien) stattfindenden „A. S. B. and Industrial Exhibition“ statt. Zahlreiche hervorragende Industriellen nahmen an den Verhandlungen teil. Im Hinblick auf das große Interesse, das sich in den Kreisen des heimischen Gewerbetreibenden für die Beschickung zeigt, wurde beschlossen, innerhalb der Ausstellung eine eigene Deutsche Abteilung zu organisieren.

Hof- und Personalnachrichten.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist definitiv der Interimstatthalter im Ministerium für Landwirtschaft usw., der Wirkliche Geheimrat v. Conrad, ernannt worden. — Alfred v. Conrad, dem am 27. Januar 1904 der Adel verliehen wurde, ist 1852 geboren. Er trat 1875 beim Appellationsgericht zu Frankfurt a. D. in den Justizdienst. 1878 ging er zur Regierung über. 1882 wurde er mit der Verwaltung des Landratsamtes in Flatow beauftragt und 1884 endgültig zum Landrat dieses Kreises ernannt. Anfang 1895 wurde er als Hilfsarbeiter in das Landwirtschaftsministerium einberufen und im Juli desselben Jahres zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat in diesem Ministerium ernannt. Seit August 1898 nahm an den Verhandlungen teil. Im Dezember 1899 Regierungspräsident in Bromberg und im August 1901 unter Befehl der Reichsanleihe als Nachfolger des vom Oberpräsidenten an Schleswig-Holstein ernannten Herrn v. Wilmowitz. Im September 1904 erfolgte seine Ernennung zum Interimstatthalter in Landwirtschaftsministerium. Am 18. August 1909 wurde ihm der Charakter als Wirklicher Geheimrat mit dem Prädikat verliehen. v. Conrad war von 1888 bis 1899 Mitglied des Abgeordnetenhauses als Vertreter des Wahlkreises Flatow-Deutsch Krone und gehörte der konservativen Fraktion an.

Ausland.

„Denkbare“ für die türkische Armee.

(Telegrammunters Wiener §§ Korrespondenten)

Wien, 14. Febr. 1910.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, beschäftigt die türkische Regierung sich in Kürze über den Ankauf eines Aufschiffes für die türkische Armee. Es sollen für das I., II. und III. Armeekorps (Konstantinopel, Adrianopel und Salonika) je zwei „Denkbare“ in Bau gegeben werden, deren Modelle durch die augensichtlich auf einer Studienreise durch die großen Staaten begriffene Studentenkommision festgestellt werden sollen.

Mit dem geplanten deutschen Wasserstraßen-Abgabengesetz

beginnt man sich jetzt auch in Frankreich zu beschäftigen. Der „Temps“ führt aus, daß neben Holland auch Frankreich an dem geplanten deutschen Wasserstraßengesetz interessiert sei, weil ein Teil der Arbeit während ihrer Landes durch Frankreich stattfinden wird. Bei den bestehenden diplomatischen Verhandlungen über diese geistliche Neuerung könne Frankreich nicht übergangen werden.

Die Lage in Westfalen.

§ Nachrichten aus Arbis Weba besagen, daß die Arbeit in Taitu jetzt die vollständige Arbeitserfassung ausmacht, da das geistliche Leben des Kaisers erfolgen ist. Sein Körperzustand ist allerdings so, daß er noch längere Zeit am Leben bleiben kann. Die Gesandten werden von der Kaiserin unfreundlich behandelt; dem deutschen Arzt Dr. Steinhauser ist der Aufenthalt in der Stadt verboten worden; er hat deshalb in der Gehobtschaft Wohnung genommen und wird voraussichtlich bald Westfalen verlassen.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Gründung des englischen Parlamentes. Im Buckingham-Palast zu London wird ein Ministerialrat stattfinden, um dem König den Wortlaut der Thronrede zu unterbreiten. Am Montag, den 21. d. M., begibt sich das englische Königspaar zum Westminster-Palast, um der feierlichen Parlamentseröffnung beizuhelfen.

Beschickungen im englischen Kabinett. Aus London wird gemeldet: Churchill wurde zum Minister des Innern, Buxton zum Handelsminister, Pease zum Minister des Herzogtums Lancaster, Herbert Samuel zum Minister für Post und Telegraphie und Walter Cruttan zum Parlamentariersekretär des Schachmens ernannt.

Die Ernennung an einen verstorbenen Königssohn wird durch die Nachricht vom Tode eines Anarchisten markiert. In der Anarchistenbewegung des Anarchisten in Wolsowen hat der Anarchist Westman, der am 17. Dezember 1878 in Wolsowen mit einem in einer Witzfigur verkleideten König König Humbert zu erlöchen verurteilt. Der damalige Ministerpräsident Cairns, der im Wogen des Königspaares saß, wehrte den Stoß ab. Der Kaiser

Letzte Nachrichten.

Aus der Wahlrechtskommission.

H. Berlin, 15. Febr. (Meldung von Louis Firichs Telegraphenbureau.) Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses trat am Dienstag nachmittag in die Erörterung der einzelnen Paragraphen der Vorlage ein. § 1. der die Bestimmung enthält, daß jeder Preuze von 24 Lebensjahre an in der Gemeinde, in der er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, wählen darf, und § 2. der diejenigen Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, anführt, wurden nach unermesslicher Debatte angenommen. Zu § 3 liegt ein Antrag des Zentrums vor, der die Grenzen der Wählerbarkeit von 30 auf den 25. Lebensjahre herabsetzt. Bei der Abstimmung ergibt sich die Ablehnung desselben mit 15 gegen 11 Stimmen. Hierauf wurde der Vorstoß der Regierung erörtert, an Stelle der indirekten Wahl die direkte zu setzen. Der Redner der Konservativen lehnt es ab, an den Grundlagen des bisherigen Wahlrechts zu rütteln. Der Regierungsvertreter verteidigt den Vorstoß des Entwurfs. Ein freikonservativer Redner verteidigt die direkte Wahl. Der Vertreter der Nationalliberalen ist für die Regierungsvorlage, desgleichen der Redner des Zentrums. Ein freikonservativer Abgeordneter führt Gründe für und gegen die direkte Wahl an und erklärt, daß er nicht in der Lage sei, zurzeit zu der Frage Stellung zu nehmen. Einem Wunsch der Konservativen gemäß wird hierüber vorerst nicht abgemittelt, da diese erklären, daß der weitere Verlauf der Beratung sie erst die Entscheidung bringen werde, ob sie schließlich für die direkte oder für die indirekte Wahl stimmen könnten. Hierauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt, an welchem Tage die Plenarsitzung ausfällt.

Landtag und Steuerprobleme.

□ Meiningen, 15. Febr. (Privattelegramm.) Mit 17 gegen 9 Stimmen hat der Landtag die Eingabe, die den Herzog erucht, sein Steuerprivileg aufzugeben und auf die Einnahmen aus seinen Domänen zu verzichten, angenommen.

Streich.

W. Breslau, 15. Febr. Bei der oberösterreichischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft haben 380 Arbeiter wegen verweigert Lohnrückzahlung gekündigt. In der Chamottefabrik Lipine sind sechs jugendliche Arbeiterinnen ausständig, weil sich Einführung des Vierstündigen-Arbeitsgesetzes am Sonnabend die Verwaltung für diesen Tag nur drei Viertel Schichtlohn zahlte.

Zur Vereinigung der Städte des oberen Sollinger Kreises.

H. Solingen, 15. Febr. In der Vereinigung der Städte des oberen Kreises Solingen hat der neue Regierungspräsident von Düsseldorf Stellung genommen. Er sieht der Vereinigung sehr sympathisch gegenüber, hat aber gedrückt, Zwangsmaßnahmen nicht zur Anwendung zu bringen.

Der neue Intendant des Mannheimer Hoftheaters.

H. Wien, 15. Febr. Der Hofopernschauspieler Professor Gregori ist, wie verlautet, zum Intendanten des Mannheimer Hoftheaters ernannt worden.

Unwetter in Belgien.

H. Brüssel, 15. Febr. Seit heute früh herrscht hier ein Sturm aus dem Nordwesten. Die telephonische Verbindung mit Paris ist seit heute mittag unterbrochen. Auch die Telegraphen erleiden große Verzögerungen.

Drachlose Telegraphie auf Ozeandampfern.

H. Paris, 15. Febr. Verschiedene Blätter befürworten die Einbringung eines Gesetzes behufs Einführung der drachlosen Telegraphie an Bord sämtlicher französischer transatlantischer Dampfer, indem sie erklären, eine solche Reform sei infolge der vielen Schiffskatastrophen, die sich in der letzten Zeit ereignet haben, dringend notwendig. Sie exemplifizieren besonders auf den Unfall, der der Dampfer „Ghangy“ betroffen hat. Die Schiffsfahrts-Gesellschaften sträuben sich indessen wegen der Kosten, die sich pro Apparat bis zu 8000 Fr. belaufen würden, gegen diese Neuerung.

Ueberschwemmungen in der Türkei.

H. Adrianopel, 15. Febr. Die Mariza und die Tundschak sind infolge ununterbrochener Regengüsse über ihre Ufer getreten und haben großes Unheil angerichtet. Mehrere Quartiere der Stadt Adrianopel sind bereits unter Wasser, der Eisenbahnverkehr von Konstantinopel nach Bulgarien ist drohend.

H. Konstantinopel, 15. Febr. Eine infolge von Gletscherstürzen erhaltene eingetroffene Depesche des Kaiserlich-Preussischen Konsuls in Adrianopel meldet, daß die Stadt am 7. Februar von fünfstündigen Regengüssen heimgesucht wurde. Bei der letzten Ueberschwemmung wurden in einer Straße mehrere Häuser samt den Bewohnern von den rasenden Fluten fortgerissen.

Vermischte Drahtnachrichten.

— Petersburg, 15. Febr. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird Zar Ferdinand von Bulgarien am 23. Februar in Petersburg eintreffen.

H. Konstantinopel, 15. Febr. Wie wir erfahren, wird der Großvezir Fethi Pascha schon demnächst auf die Großmacht in der Aufzählung herantreten, ihre Postenstationen in der Türkei vollständig aufzugeben.

Die Ausbeutung des Bergwerks, das eine der wenigen Fundstätten von Edelmetall in Deutschland repräsentiert, geschieht nicht durch zentrale, sondern vorwiegend wägrische Stellen in den Kammerbezügen hinein. Bis vor einigen Jahren fand der Bezug des Bergwerks jebermann frei; diese Erlaubnis hat aber aufgehoben werden müssen, da sich manche Anstrengungen ergaben und sich auch Unglücksfälle ereigneten. Die alte Glöde wurde im Jahre 1896 wieder abgebaut, die verlassenen Sprünge mit Glockenmetall wieder auszufüllen, sich mühen. Es ist nach einer Anstalt ein Wert der ehemals blühenden Gölzfelder Glödeleberung und weist den lateinischen Spruch auf: „In Dienste anderer verzehre ich mich.“

Ein Teil der Anstalt nennt als damaligen Regenten den Herzog Julius von Braunschweig und Lüneburg und als Glödeleber den Meister Hans Mariens.

□ Meuselben, 15. Febr. (Gutsverkauf.) Das 200 Morgen große Bestitztum des Gutsbesizers Ferdinand Jäberob ging für 470000 Mark an den Landwirt Walter Hofe für über.

— Mühlhausen, 15. Febr. (Das zarte Geschlecht.) Vor dem hiesigen Schöffengericht war ein Arbeiter angeklagt, sich der Unterhaltspflicht seiner Frau und Kinder entzogen zu haben, so daß öffentliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Die Zeugen sagten jedoch in der Beweisaufnahme zugunsten des Angeklagten aus. Während sich das Richterkollegium zur Beratung zurückzog, drohte die tabarite Ehefrau ihrem Mann mit einer nicht mißzuverstehenden Sandbannung: „Er kriegt sie heute, daßer düstet.“ Als das Urteil, das auf lösenlose Freisprechung lautete, verkündet war, hat der Angeklagte, dem von seiner Gattin ihr, um 5 Uhr gegen seine Frau, die ihn bedrohte. Der Vorsitzende veranlaßte nun, daß der freigesprochene zuerst das Gerichtsgelände verlassen solle, während die tabarite Frau im Sitzungssaal zu verbleiben habe. Nach einer halben Stunde erschien aber der freigesprochene wieder vor Gericht und hat um polizeilichen Schutz, da ihm seine Frau trotz der Vorsichtsmaßregeln des Vorsitzenden auf dem Wege zum Bahnhof aufzulaufere. Unter dessen Schutze gelang es schließlich dem Ehemann, dem Bahnhof zu erwischen.

□ Oldesleben, 11. Febr. (Ein gefährlicher Diebstahl.) Gestern abend um 9 Uhr drang hier ein Raubdieb in den Laden des Materialwarenhändlers Schneider, in dem sich augenblicklich niemand befand, ein. Er bog sich über den Ladentisch und nahm die Ladentafel heraus. Die hinunterkommende Frau Schneider schrie um Hilfe, worauf der Dieb mit dem Geldesten flüchtete, verfolgt von Schneider und dem Bergmann Siegmund und fortwährenden Schüssen. Der Bergmann wurde von dem Dieb durch einen Messerstoß in die Hüfte schwer verwundet. Der Raubdieb Saale, welcher den Dieb aufhalten wollte, wurde mittels eines Revolvers bedroht. Die Ladentafel warf der Verbrecher während seiner Verfolgung fort. In der Nähe der Zuckerrabrik konnte er jedoch gefasst werden. Der Täter soll ein von Raubdieb kommender Mann sein, er besaß mehrere ansehend gekleidete Kleider.

□ Halberstadt, 13. Febr. (Einer umfangreichen Diebstahls- und Hehlereiangelegenheit) ist die Polizeibehörde auf die Spur gekommen. Wegen dringenden Verdachts der gewerbs- und gewinnzielmäßigen Schleiher, sowie Diebstahls wurden zwei Sandhuhnmacher festgenommen und dem Gerichtsgewächnis zugewiesen. Aus dem Umlande, das gleichzeitig auch in anderen Städten Festnahmen in Kreisen erfolgt sind, die mit Handhuhnmachern in Verbindung stehen, daß es sich um die Aufhebung von Vergehens handelt, an denen viele Kreise beteiligt sind. In der Wohnung eines der Festgenommenen wurden Gelder und Gegenstände, im Werte von mindestens 3000 Mark vorgefunden, die aus Diebstählen herrihren.

— Stebnitz, 14. Febr. (Ein Gedentag.) Ein Jahr ist es her, seit von der Erde der agriwolle Auf erscholl: Der Dampf ist gebrochen! Wie mancher mag sich da drangvoller Stunden erinnern, aus denen Tage und Wochen wurden. Die Wälschebewohner und ihre Kinder und Kindesinder werden den 14. und 15. Februar des Jahres 1900 nicht vergessen, der Tage, an denen die trübselige Wälsche zum meltenweiten See wurde. Zum Segen der Heimat ist der Schaden kein dauernd geblieben.

Deßau, 14. Febr. (Freie Schilfervorstellung.) Auf Befehl des Herzogs findet am Donnerstag im Herzoglichen Hoftheater für über 1000 Kinder der sämtlichen Volksschulen bei freiem Eintritt eine besondere Aufführung des beliebtesten Weihnachtsmärchens „Prinz Dolar und das Taufschloßchen“ statt. Die Kinder werden von ihren Lehrern und Lehrerinnen zu der Vorstellung geführt.

— Deßau, 11. Febr. (Von Remotarium.) In der vorigen Sitzung hatte die Beauftragte beschlossen, daß der Berliner Anstaltler aneres Krematorium einen in der Ausmalung dererzigen Monumentalbauten erziehenden Wassermeister aus Berlin mit hierher bringen und die Art der Bestattung im Einvernehmen mit ihm feststellen sollte, während die Ausführung selbst dem hiesigen Malemeister übergeben werden sollte. Da durch diesen Beschluß sich hiesige Malek und Malemeister getränkt fühlen, wurde gestern die Frage noch einmal angeregt. Man beschloß einstimmig, den nach vielfacher Erwägung gestrichen früheren Beschluß anspruch zu erheben, da es durchaus richtig ist, daß der Wunsch des ausführenden Anstaltlers, mit einem ihm bekannten Malemeister die Art der Ausführung festzusetzen, berücksichtigt wird.

Jerich, 14. Febr. (Hundebisse.) Einem Hundel mit frischen, nicht untersuchten Hundebissen, das von einer auswärtigen Wölkerei hier schon seit längerer Zeit in größeren Mengen zur Einföhrung gekommen sein soll, ist die Polizei auf die Spur gekommen. Die Hellschwärze wurden beschlagnahmt und vernichtet. Gegen die Beteiligten ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

Meiningen, 14. Febr. (Güldliche Verspätung.) Daß es manchmal auch gut ist, wenn man sich verspätet, zeigt ein Erlebnis des Erbauers uneres Hoftheaters, Hofbaumeister Behler. Er hatte auf dem Dampfer „General Chancy“ zur Fahrt nach Algier Platz belegt, kam aber zu spät in Marseille an. So blieb der Reisende vor dem graufigen Schiffsdeck bewahrt, beim Untergang des Dampfers sein Leben zu verlieren.

Unterhaltungsblatt.

Kosen-Felix. Originalroman von Walter Schmidhändler. (Fort.) — Parzival der reine Tor. Eine juristische Plauderei von Dr. jur. J. Daniel. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten und Sport: Erich Polow; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Gumburg; für den Interentell: Friedrich Endraut; Druck u. Verlag von Otto Hendel. — Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Zeit eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren in Saugen verurteilt, sorgte im September 1907 auf dem hiesigen Bahnhofs von einem Kellner 4. März. Er gab vor, er sei Kellner für eine große Firma in Dorotheenstraße. Als Siderheit übergab er einen merkwürdigen Brief über 85 Mark. Dieser bereit für Jahren lang nach allen Himmelsrichtungen, um ähnliche Schwindeldelen, meist in Verbindung mit Zehnrollen, zu begehen. Vor Gericht sprach er sehr geschäftlich und spielte sich als den verstanten Gentleman auf. „Ich habe eben Inhaft gehabt im Leben. In meinen früheren Gefängnis bin ich um 15000 Mark, hauptsächlich von Gaunertum, betrogen worden und dadurch in Konkurs geraten. Ich muß auf meinen Reisen das Hotel- und Restaurantbesitzer aufsuchen; ich kann doch nicht im Oberhofstrafenlager!“ Nach dem Wiederbes des Staatsanwalts bemerkte er gekränkt: „Der Herr Staatsanwalt geht mit mir recht unhöflich um!“

Wegen Betrages im wiederholten Rückfalle wurde er unter Zustimmung mitderrn Umstände zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die erbrochene Baubude.

Der wegen Eigentums- und Raubvergehen schon vielfach mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte hiesige Arbeiter Josef Barlowitz erbrach in der Nacht zum 21. Dez. vor. Jahres auf einem Bauplatz in Bitterfeld gemeinschaftlich mit einem unermittelten Gesellen eine Baubude und ließ daraus Kleidungsstücke und andere den Bauarbeitern gehörige Gegenstände. Als er einen Teil der Diebstehende anderen Tages verkaufen wollte, wurde er abgefaßt. Vor der Strafammer hat er, man möge ihn doch nicht wieder mit Zuchthaus bestrafen; dadurch werde er nicht besser werden.

Das Gericht erkannte jedoch auf Zuchthausstrafe in Höhe von zwei Jahren drei Monaten, außerdem noch auf drei Jahre Ehrverlust.

Ein lauberes Ehepaar.

Der vorbestrafte 33jährige Kellner Hugo Weindt trieb im vergangenen Jahre in Leipzig und Halle Zuhälterei, indem er den Niederlichen Lebenswandel seiner Ehefrau ausnutzte. Die hiesige Strafammer verurteilte den weitberigen Ehemann zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Seine Frau erhielt wegen gemeinsamer Anstalt eine Woche Haft. Weindt hat sich inzwischen an eine andere Frauensperson gleichen Gewerbes gebannt; aus Ehrfurcht gegen die Rechtschaffenheit hat dann die Frau selbst ihn wegen Zuhälterei denunziert.

Sie soll, wie er vor Gericht sagte, gedrückt haben, in Falle seiner Freisprechung entweder ihm oder der Kinnin Schweigenspflicht in sein Gesicht schütten zu wollen. Der Vorsitzende vernahm die Frau nachdrücklich, diesen bösen Plan in nicht zu vernünftigen, sonst werde sie unfehlbar ins Zuchthaus wandern.

Vor dem Bankrott.

Der wegen betrügerischen Bankrotts vorbestrafte 33jährige Möbelhändler Karl Quittlich in Bitterfeld hatte im Mai 1908 kurze Zeit vor Ausbruch des Konkurses noch von einem Holzhändler in Torma für 130 Mark Holz gekauft. Der Kaufherr, der das Holz abliefern, hatte von dem Holzhändler die strenge Weisung erhalten, die Ladung nur gegen Vorzahlung abzugeben. Da ihm Quittlich aber versicherte, er habe mit seinem Herrn telephonisch gesprochen und die Erlaubnis späterer Zahlung erhalten, so ließ der Kaufherr gutgläubig das Holz da. Sein Dienstherr war nach seiner Rückkehr nicht wenig betroffen, ihn ohne Geld ankommen zu sehen.

Eine Köcherer Holzhandlung wurde von Quittlich wenige Wochen vor dem Konkurs um Prolongation eines Briefchens ersucht. Die Firma sandte am 21. Mai ihren Buchhalter nach Bitterfeld, um mit Quittlich wegen dieser Angelegenheit Rücksprache zu nehmen. Quittlich rekonstruierte vor dem Buchhalter mit seinem großen Verdienst, der im vorhergehenden Jahre allein 49000 Mark betragen habe. Er wolle den Buchhalten so vertrauensvoll zu sein, daß ihm nicht nur 1000 Mark zur Einföhrung des zur Prolongation angemeldeten Briefchens eingeschickt, sondern auch noch eine Holzlieferung im Werte von 1000 Mark zugesagt wurde. Vier Tage darauf erhielt die eskamte Firma ein Schreiben, in dem sich Quittlich für zahlungsunfähig erklärte. Der geräuhte Buchhalter ging seiner guten Stellung verlustig, weil die Firma ihm den Vorwurf machte, er habe in den Geschäftsin mit Quittlich zu leicht gearbeitet und zu unvorsichtig Kredit gewährt.

Wegen seiner beiden heißen Vorfälle war Quittlich nachträglich noch unter Anklage wegen Betrugs gestellt worden. Vom Schwurgericht hat er infolge des unter benedictlichen Umständen erfolgten Konkurses bereits im vergangenen Jahre sieben Monate Gefängnis wegen einfachen und betrügerischen Bankrotts erhalten. Wegen der obigen beiden Betrugsfälle wurde er nun noch zu weiteren drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Er kann's nicht lassen.

Der wegen Diebstahls schon sehr oft mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte 33jährige Maurer Otto Laube, seit lange ohne festen Wohnsitz, ließ am 21. Dezember vor. J. in Deßau ein Fahrrad, das ein Landwirt aus Werberbau vor dem Laden eines Barbiers aufgestellt hatte. Laube war bei der Tat betrunnen. Er fuhr deshalb, als er mit dem Rade davonfuhr, öfter herunter und fuhr schließlich vor, es neben der Landstraße in einem Gehweg zu verwickeln und bescheiden zu Fuß weiter zu wandern. In Haldewitz wurde er festgenommen und gab dann freiwillig das Versteck des Rades an. Laube kann das Fahren und Stehen nicht lassen. Vor der Strafammer hat er weinend um mildernde Umstände.

Dies wurde ihm zugestimmt, so daß er statt der zum Staatsanwalts beantragten Zuchthausstrafe von einem Jahre nur sieben Monate Gefängnis erhielt. Außerdem wurde er noch zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Provinzial-Nachrichten.

Zugammenstoß.

Stößen, 15. Febr. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich gestern abend auf der hiesigen Station. Der von Aken aus gegen 11 Uhr einlaufende Güterzug fuhr in voller Geschwindigkeit auf den kurz vorher aus Dreßden angekommenen Kohlenzug, der auf dem Einfahrtsgleise stand. Die Lokomotive wurde schwer beschädigt, fünf Wagen zerrüttet, Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Das Gleis war heute noch gesperrt.

Eine alte Bergmannsglöde.

Goslar, 12. Febr. Eine alte Bergmannsglöde, die mehr als 3 Jahrhunderte hindurch den Bergmanns das Zeichen zum Ein- und Ausfahren gegeben hat, ist nunmehr ihres Ayles entbunden worden und wird ohne Aufschlag im hiesigen Museum finden. Die Glöde ging im Turme auf dem Einfahrtshause des Kammerbergwerks, das in mehrfacher Beziehung bemerkenswert ist.

